**Muster für ein Verständigungsschreiben bei der Änderung des Bebauungsplanes im Anhörungsverfahren**

**gemäß § 30 Abs. 3 RPG[[1]](#footnote-1)**

Betreff: Änderung des Bebauungsplanes der Gemeinde XX

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gemeindevertretung der Gemeinde XX hat in ihrer Sitzung vom XX den Entwurf einer Verordnung über eine Änderung des Bebauungsplanes XX der Gemeinde XX betreffend die Grundstücke GST-NRN XX, KG XX, gemäß § 30 Abs. 1 Raumplanungsgesetz, LGBl.Nr. 39/1996 idgF, beschlossen.

In der Anlage übermitteln wir Ihnen gemäß § 30 Abs. 3 Raumplanungsgesetz den Verordnungsentwurf samt Erläuterungsbericht. Sie haben Gelegenheit, binnen X[[2]](#footnote-2) Wochen ab Zustellung dieses Schreibens schriftlich Stellung zum Verordnungsentwurf zu nehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Gemeindevertretung

Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister:

XX

Ergeht an:

1. [Eigentümer von Grundstücken, auf die sich die Änderung des Bebauungsplanes bezieht], RSb

2. [Eigentümer von Grundstücken, die unmittelbar an das Grundstück, auf die sich die Änderung des Bebauungsplanes bezieht, angrenzen.], RSb

3. Amt der Vorarlberg Landesregierung, Abteilung Raumplanung und Baurecht, E-Mail: raumplanung@vorarlberg.at

1. Hinweis für Gemeinden: Das vereinfachte Verfahren gemäß § 30 Abs. 3 RPG darf nicht bei Änderungen des Bebauungsplanes, die einer strategischen Umweltprüfung (SUP) oder Umwelterheblichkeitsprüfung (UEP) unterliegen, angewendet werden. [↑](#footnote-ref-1)
2. Hinweis für Gemeinden: Die Frist sollte nicht kürzer sein wie zwei Wochen. [↑](#footnote-ref-2)